

Stellungnahme der DVPB zur ökonomischen Bildung: Ökonomisches Lernen muss auf den Demokratie-Auftrag von Schule bezogen werden!
(Beschluss des Erweiterten Bundesvorstandes der DVPB, gefasst am 21.11.2015 in Berlin)

Die Kultusministerien der Länder sind seit längerem mit einer bildungspolitischen Kontroverse um die Verankerung ökonomischen Lernens an allgemeinbildenden Schulen konfrontiert. Offensichtlich zielt die Lobbyarbeit für ein monodisziplinäres Wirtschaftsverständnis nun auch auf die Bundesebene. In den Bundesländern sehen sich die Landesverbände der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) bereits seit dem letzten Jahrzehnt mit einer massiven Kampagne von Wirtschaftsverbänden konfrontiert, die sich zum Ziel gesetzt haben, ökonomische Inhalte aus der Politischen Bildung herauszulösen. Die DVPB ist davon überzeugt, dass Politische Bildung unter ganz verschiedenen Fachbezeichnungen unterrichtet werden kann und sollte. Insofern begreift sich die DVPB auch als Interessenverband der ökonomischen Bildung.

Ein Qualitätsmerkmal ökonomischer Bildung ist, dass sie sich nicht nur an den Funktionslogiken von Effizienz und Nutzenmaximierung, sondern zentral an den Leitideen der Kontroversität und Mündigkeit orientiert. Als ebenso wichtig erachten wir, dass wirtschaftliche Fragen und Probleme nicht der politischen Analyse, Reflexion und Urteilsbildung der jungen Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie entzogen werden. Genau das impliziert aber die Auslagerung ökonomischer Themen aus dem Politikunterricht in ein separates, demokratie- und politikfreies Fach. Wirtschaftsunterricht darf nicht den Interessen der Wirtschaft dienen, er muss diese zu seinem Gegenstand machen.

Die DVPB ist der Interessenverband einer ökonomischen Bildung, die der Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern dient.

Bundesvorsitzender: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweite Bundesvorsitzende: Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Geschäftsführer: Dr. Moritz Peter Haarmann

Kontakt: mp.haarmann@dvpb.de